

Clives Bericht in London.

Berlesung des Telegramms im Unterhaus.

London, 21. Jan. Im Unterhaus verlas der Unterhaussekretär des Heeres Mac Reilly das Telegramm des englischen Generalkonsuls Clive, in dem dieser die Ergebnisse seiner fünfjährigen Untersuchungen in der Pfalz mitteilt. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Nachdem ich fünf Tage darauf verhandelt hatte, die Ansicht der Bevölkerung jeder Klasse und jeder Partei in der Pfalz zu vernehmen, bin ich zu dem allgemeinen Schluss gelangt:

1. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sieht der „autonomen Regierung“ feindlich gegenüber.
2. Diese Regierung hätte niemals ohne französische Unterstützung in Erscheinung treten können und würde sofort vertreiben werden, sobald die französische Unterstützung aufhört.
3. Nach einem Außerordentlichen von Wien, der das nationale Haupt der Regierung ist, sind 75 Prozent der Separatisten von außerhalb der Pfalz gekommen. Sie umfassen zweifellos zahlreiche Verbände und Männer, die ähnlich unerfahren sind in der Geschäftsführung einer Regierung.
4. Die katholische und die protestantische Kirche, die amtliche Presse und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten weisen den Gedanken einer Loslösung von Bayern zurück.
5. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage einer Loslösung von Bayern, sieht einer Trennung vom Reich feindlich gegenüber.
6. In bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und den sozialistischen Arbeitern, besteht die Meinung für die Schaffung eines rheinischen Staates unter Aufsicht der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reich verbunden sein soll. Dieser Teil der Bevölkerung fürchtet eine militärische Politik von Berlin und München.
7. Unter den Bauern und Arbeitern herrscht eine starke Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden um jeden Preis.
8. Die Sozialistischerkennzeichen sind in allen Teilen anerkannt worden. Die Erklärung war auf Bayern, andere Bundesstaaten und Völkerverbände beschränkt worden. Viele von diesen haben anfänglich und zwar ohne Beratung mit den Gemeinderäten unterzeichnet, nun aber ihre Erklärungen zurückgezogen. Die Bauern in der Pfalz verhalten sich gegenüber politischen Angelegenheiten im allgemeinen ablehnend und wünschen nur, in Frieden und ohne die Gefahr einer Ausweisung zu leben. Dieser Teil der Bevölkerung würde, wie ich glaube, jede Erklärung jeder Regierung unterzeichnen, um in Frieden leben zu können. Die in einer Renne von Dahlen unter Prüfung erlassenen Unterzeichnungen können die Annahme nicht rechtfertigen, daß die Mehrheit der Bauern der autonomen Regierung gütlich gesinnt sei.

Separatistische Herausforderung des Reichs und Bayerns.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 21. Jan. Der „Präsident“ der sogenannten autonomen Palzregierung Wien hat an den Reichskanzler sowie an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, das an Dreifachheit wie an Heuchelei kaum über-

trossen werden kann. In dem Schreiben droht Wien, das Oberhaupt der mordenden und plündernden Separatistenbanden, für den Fall irgendwelcher Unzulänglichkeiten an Separatisten die fünf angelegenen Versionen des Gegenstands mit ihrem Leben und ihrem gesamten Vermögen haltbar zu machen. Sein unerhörtes Vorgehen verurteilt die Separatistenhauptlinge zu demütigen, indem er u. a. angibt, die „Regierung“ der autonomen Pfalz verachte mit aller Energie den Völkfrieden und den Frieden auf Erden. Nichts erwidere ihr verabschwörungswürdiger, als der Völkermord, jedoch verlange das Gebot der Rache und der Notwehr. Ihre Rache und Beamteten gegen Anklagen der Gerechtigkeit zu führen. Die Verantwortung für die Durchführung der Gegenmaßnahmen falle auf die Seiten und Stellen, die den Völkermord präparierten.

Die bayerische Regierung hat das Schreiben der sogenannten autonomen Regierung zurückgeschickt, da für sie irgendwelcher schriftlicher oder mündlicher Verkehr mit den Götterknechten nicht in Frage kommen kann. (W. Z. B.)

Die pfälzischen Zeitungen stellen ihr Erscheinen ein.
Wien, 21. Jan. Die pfälzischen Zeitungsverleger haben beschlossen, die Ausgabe ihrer Zeitungen zum nächsten Freitag stillzustellen. Sie fordern Pressefreiheit. (W. Z. B.)

Englischer Schrift gegen die Blockade Älins.

Paris, 21. Jan. Nach einer vom „Welt Journal“ veröffentlichten Meldung aus London verlautet dort in gut unterrichteten Kreisen, daß der englische Botschafter in Paris dem Kaiser erhalten habe, bei Voincaré einen Schritt zu unternehmen, der sich auf die von der französisch-belgischen Regie getroffenen Anordnungen, insbesondere hinsichtlich des Verkehrs mit der englischen Zone, bezieht.

London, 21. Jan. „Daily News“ veröffentlicht einen Artikel des Generalmajors Sir Fredericks Maurice aus Dortmund, worin die Maßnahmen der französisch-belgischen Eisenbahnregie gegen die britische Zone eine offene Kriegserklärung der Regie und eine Blockade der britischen Zone genannt werden. England habe schon sehr lange leiden müssen. Aber es gebe Grenzen. Es müsse auf der Zurückziehung der fraglichen Verfügung der Regie bestehen und darauf, daß Waren, die nach dem Kölner Gebiet gehen und von dort kommen, unter allen Umständen ebenso ange-ommen werden wie die Waren, die von der Regie in der französischen Zone empfangen werden. Die Maßregelung sei nicht als ein Verlust, die Engländer zu zwingen, die Kölner Eisenbahnen einer Organisation auszuwählen, die keine sonnte Stellung habe und deren Anerkennung die englische Regierung mit Recht abgelehnt habe. England könne nicht zulassen, daß es in dieser Weise öffentlich in das Gesicht geschlagen werde. In einem Leitartikel bezeichnet „Daily News“ die Blockade der britischen Rheinlandzone durch die französisch-belgische Regie ebenfalls als die bisher unerschämteste Herausforderung der britischen Autorität.

In zentral-europäischen Angelegenheiten, die die britische Regierung auf keinen Fall dulden dürfe. Die Annäherung der Engländer in Köln sei die einzige noch bestehende Garantie gegen die hinterlistigen Pläne der Franzosen, das Rheinland vom Reich zu isolieren und einen großen Teil Europas in Terror zu versetzen.

Der Personalabbau bei Post und Bahn.

Berminderung des Eisenbahnpersonals um 20 Prozent.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 21. Jan. Im Sparauschuss des Reichstags, der den Personalabbau zu überwachen hat, wurden die Maßnahmen, die bei der Postverwaltung durchgeführt worden sind, für sich eingehend erörtert. Nach Mitteilungen des Reichspostministeriums wurde der Personalbestand, der bei der Post am 1. Oktober 1923 vorhanden war, bis Ende Januar dieses Jahres bereits um über 10 Prozent der Beamten und Angestellten vermindert. Im Reichspostministerium selbst wurden im höheren Dienst 26 Prozent, im mittleren Dienst 30 und im unteren Dienst 20 Prozent abgebaut. In erster Linie wurden die über 60 Jahre alten Beamten vom Abbau betroffen. Seitens des Reichsfinanzministeriums wurde erklärt, daß in Kürze verfügt werde, daß Schwerkrankenbeschädigte nur aus ganz dringenden Gründen entlassen werden dürfen, eine Entlassung von Blinden oder Mächtigsten überhaupt nicht in Frage kommen dürfe. Der Vertreter des Sparkomitees wies darauf hin, daß die Erörterungen darüber, ob und in welcher Weise etwa durch Anstellung für die anderweitige Unterbringung des Personals gelöst werden könne, dem Ausschuss nahe seien.

Deute verhandelt der Sparauschuss über den Personalabbau bei der Reichsbahn, der zur Folge haben wird, daß bis zum 1. April 1924 der Personalbestand der Reichsbahn, der am 1. Oktober rund eine Million an Beamten, Angestellten und Arbeitern umfaßte, um mindestens 20 Prozent vermindert sein soll. Von den Einnahmeüberschüssen im Rubrikverkehr inaktiver Eisenbahnarbeiter, denen bei der Gesamtliquidation der Arbeiter infolge des Bierwars, den die Reichsbahn brachte, auch gekündigt wurde, ist der volle Lohn noch einschließlich des Monats zu zahlen, der auf den Monat folgt, an dem die Dienstleistung aufhört. Es wurde einstimmig vom Sparauschuss angesetzt, daß die den inaktiven ausgesprochenen Kündigungen zugleich Aufträge kommen werden mögen. Zum Schluß wurde das Reichsverkehrsministerium vom Ausschuss ersucht, schleunigst eine Uebersicht über den bis zum 31. März 1924 durchzuführenden Abbau vorzulegen.

Das Reichsfinanzministerium für Beschränkung der Schlichtungsbevollmächtigten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 21. Jan. Das Reichsfinanzministerium hat in einem vom Ministerialdirektor von Schlieben unterzeichneten Schreiben an das Reichsarbeitsministerium die Bitte ausgesprochen, von dort aus dahin wirken zu wollen, daß die Schlichtungsstellen bei ihrer Tätigkeit auf die Gesamtlage Rücksicht nehmen. Falls dort der Standpunkt vertreten wird, daß ein solcher Schritt nicht zu dem erwünschten Erlöse führen kann, wird angesetzt, daß es nicht notwendig wäre, durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassende Verordnung die Spruchfähigkeit der bestehenden Schlichtungsausschüsse dahin einzuschränken, daß über die Lohn- und Gehaltsfrage des Reichs nicht oder nur unter besonderen Voraussetzungen hinauszufragen werden darf. Das Schreiben hat in den Kreisen der Gewerkschaften und auch einigen Schlichtungsstellen, wo man über den Inhalt bereits informiert war, einen Protestkurm hervorgerufen. Der Abbau und der Rückgang der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist ein wichtiger Bestandteil einer Einschränkung der Schlichtungsbevollmächtigten. Darüber hinaus wollen die Gewerkschaften durch die Sozialdemokratische Partei im Reichstage eine Anfrage einbringen lassen, ob die Regierung mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums einverstanden ist und ob der Inhalt des Schreibens vor seiner Veröffentlichung dem Reichstag vorgelegt und dessen Billigung erfahren hat. Bestenfalls

übrigens nicht der Fall. Das Finanzministerium weist sich gegen den Vorwurf, daß es mit dem Schreiben einen allgemeinen Lohnabbau in der Industrie verlange. Das Finanzministerium hebt auf dem Standpunkt, daß eine Besserung durch Senkung der Lebensmittelpreise usw. herbeigeführt werden soll. Eine solche Senkung wäre nicht möglich, wenn in dem alten Maße fortgeföhren würde. Das Schreiben beendet sich nicht danach, daß in der Privatindustrie höhere Löhne bezahlt werden, sondern daß für die Erreichung höherer Löhne ein staatlicher Zwang oder Gewalt in Anspruch genommen wird. Es werde kein diktatorischer Druck auf die Arbeiter ausgeübt, bestimmte Löhne zu zahlen. Hinsichtlich des Preisabbaues ist das Finanzministerium wiederholt mit dem Reichsarbeitsministerium und auch mit dem Ernährungsministerium in Verbindung getreten und hat beachtliche Vorarbeiten gemacht.

Berlin, 21. Jan. Zu dem Schreiben des Ministerialdirektors v. Schlieben an das Reichsarbeitsministerium und Reichsarbeitsministerium wird von unterrichteter Seite noch mitgeteilt, daß das vertrauliche Mundschreiben dem Finanzminister zur Unterchrift nicht vorgelegen habe.

Die Antwort des Arbeitsministers.

Berlin, 21. Jan. Auf das Schreiben des Reichsfinanzministeriums an das Reichsarbeitsministerium hat der Reichsarbeitsminister u. a. geantwortet: Ich halte es nicht für möglich, einen allgemeinen Grundlohn anzustellen, wonach die Löhne und Gehälter der Privatindustrie über die Bezahlung der öffentlichen Arbeiter nicht hinausgehen dürfen. Die Löhne und Gehälter werden sich nicht in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrien und Gewerkschaften richten müssen. Ich würde ein Bestehen an dem Lohnniveau der öffentlichen Arbeitnehmer in der Höhe der Lohnsätze, als es die Lage der einzelnen Erwerbszweige dringend verlangt, mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer möglichst großen Steigerung der Kaufkraft und ihrer Auswirkung für die Wiederbelebung der Wirtschaft nicht für wünschenswert halten. Die Höhe der öffentlichen Arbeitnehmer kann nur eine der Tatsachen sein, die bei Lohnverhandlungen neben anderen wichtigen Umständen in Betracht kommen. Es kommt hinzu, daß den Arbeitern und Angestellten öffentlicher Arbeitgeber gewisse Vorteile gewährt sind, die anderen Arbeitnehmern regelmäßig nicht in gleichem Umfang zustehen, was bei der Lohnbemessung gleichfalls berücksichtigt werden muß. Für völlig ausgeschlossen erachte ich es, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Schlichtungsbehörden Grenzen für die von ihnen vorzuschlagenden Lohnsätze vorzuschreiben. Die Schlichtungsstellen kommen im übrigen durch Zustimmung der Beteiligten zustande, und es ist nicht ersichtlich, wie die Vorgesetzten zu einer den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums entsprechenden Zustimmung gebracht werden sollten. Ich halte eine Bindung der Schlichtungsbehörden durch eine Art Sperrgesetz für unvereinbar mit der Freiheit des Tarifwesens und der Eigenart des Schlichtungswesens. (W. Z. B.)

Berichtigung der Wehrbeitragswerte.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 21. Jan. Deute vormittag hatte der Reichsfinanzminister Dr. Luther Vespörungen mit Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen. Es handelte sich dabei in erster Linie um eine Revision der Wehrbeitragswerte. Der Reichsfinanzminister hat bereits durch einen Erlaß an die Landesfinanzminister die Notwendigkeit einer möglichst gleichmäßigen Behandlung landwirtschaftlicher Grundstücke und damit der Berichtigung der Wehrbeitragswerte betont. Als berichteter Wehrbeitragswert soll jetzt der Wert zugrunde gelegt werden, der für ein Grundstück in seinem jetzigen Zustande bei der Wehrbeitragsveranlagung im Jahre 1913 als Wehrbeitragswert festzusetzen gewesen wäre; jedoch soll von einer Berichtigung abgesehen werden, wenn die Veranlagungen, die durch die Berichtigungen ausgeglichen werden sollen, weniger als 10 Prozent nach oben und unten betragen.

darfür, wohn die Warenhauspolitik eines Voincaré auch den gedulbigsten Partner mit der Zeit treiben muß. Sabours Offensive ist nicht Erklärung genug, um den Ausbruch von Gamberlains als einen Ausbruch der Angst der Regierungsfreie um ihre gefährdete Stellung erweisen zu lassen. Es müssen sich da schon Dinge zwischen dem Foreign Office und dem Dual D'Erion abgehandelt haben, die auch dem französischen-fremdlichen Cabinet Baldwin die Walle ins Blut trieben. Und man braucht nicht lange zu suchen, um diesen Dingen auf die Spur zu kommen.

Frankreich ist mit England im besetzten Gebiet in schwer zu überbrückende Meinungsverschiedenheiten geraten, die in dem nun bereits Wochen währenden Streit um die Eisenbahnen in der Kölner Zone äußerlich in Erscheinung traten, innerlich freilich auf die grundverschiedene Ansicht beider Mächte über die Berechtigung der Ruhrbesetzung überhaupt zurückzuführen. Die Franzosen führten sich von ihrem Einbruch ins Ruhrgebiet an auf das peinliche durch die englische Ablehnung ihrer Politik, wobei sie auch manchmal vollkommen zurücktraten, beruhigt; sie betrachteten das objektive Verhalten der englischen Regierung in Köln, das in schreiendem Gegensatz zum Expansionsverlangen eines Degoutte oder Tirard stand, mit feindlichen Augen, sie zeigten sich aus Mitleid bereit, wenn von deutscher Seite auf diesen Gegensatz des Ausstehens englischen und französischen Militärs verwiesen wurde. Dazu kam noch, daß sie für die unaufhörliche Mißwirtschaft ihrer Eisenbahnregie, die auch in Frankreich selbst beträchtliches Aufsehen erregte, unbedingt nach einem Sündenbock suchen mußten, den sie bei der gegenwärtigen deutschen Nachgiebigkeit in punkto Eisenbahn nur in der angeblich verkehrshemmenden Wirkung der deutsch-englischen Eisenbahnverwaltung in der Kölner Zone finden zu können glaubten. Sie legten also alles darauf an, den Engländern den Kölner Boden zu verdeutlichen. Statt sich mit den Engländern über den Übergangsverkehr von und nach Köln zu vereinbaren, was sachlich sehr leicht möglich gewesen wäre, hielten sie vor vier Wochen während der diesbezüglichen Verhandlungen unermüdet die Forderung, die Kölner Eisenbahnen überhaupt der Regie anzuhängen, das konnten die englischen Unterhändler bei allem Engagementsvermögen natürlich nicht zugehen. Die Verhandlungen scheiterten und die Verkehrsfrage blieb ungelöst.

Die einmal nachgewordene Spannung zwischen den beiden Mächten blieb aber bestehen, und sie wirkte nachteilig mit bei der in den letzten Tagen vor sich gegangenen, für Frankreich mit einer eifrigen Nachforschung verbundenen Unternehmung der Verhältnisse in der Pfalz durch den englischen Generalkonsul Clive, die Voincaré mit der Unternehmung der Pfalz in Köln langjährig Nachforschung nach deutschen Geheimverhandlungen beantwortete. Die Ergebnisse beider Prüfungen, die außerordentliches Aufsehen erregten, sind bekannt. Sie erwiderten Frankreich in einem solchen Maße gegen England, daß es über die — deutsche Bevölkerung von Köln eine verächtliche industrielle Einfuhrblockade verhängte, um auf diese Weise einen deutschen Druck auf die britischen Besatzungsbehörden auszuüben. Nun, das deutsche Bundes, der überragend sehr problematischer Natur sein würde, bedarf es nicht, um die Engländer in diesem Falle zur rechten Erkenntnis zu bringen. Der „Observer“ hat unmittelbar nach der letzten französischen Expansionsmaßnahme dem ganzen französischen Spiel die Maske heruntergerissen, indem er schreie, die offensichtliche französische Feindschaft gegen die britische Regie erkläre sich nur daraus, daß England sich nicht zum Verzicht auf die Besetzung Deutschlands“ hergeben würde. Das trifft den Nagel auf den Kopf. Weil England sich nicht länger willens ist, auf französische Erhebungen hinweisen lassen will, weil sein Interesse auf ein wirtschaftlich gesundes, nicht verschüttetes Deutschland gerichtet ist, deshalb der maßlose Born Voincaré, deshalb die unangelegten Schwänze der englischen Besatzungsbehörden in Köln durch Frankreich. Freilich der politische hervorge Voincaré dürfte sich vergeblich bemühen, das sich erneuernde England unter Macdonald und Asquith seinem Willen gefügig zu machen.

Dr. Schacht vor dem Sachverständigen-Ausschuß.

Paris, 21. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Regierungsrat Dr. Meier von der Reichsbankkommission sind heute nachmittags 2 Uhr von dem ersten Sachverständigen-Ausschuß zu offiziellen Vespörungen empfangen worden. In der um 3 Uhr anschließenden offiziellen Sitzung wurde dem deutschen Vertreter der Fragebogen des Komitees vorgelegt. Der Reichsbankpräsident gab zunächst in zweiwöchigen zusammenhängenden Ausführungen und daran anschließend auf einzelne Fragen der Komiteemitglieder Auskunft über die mit der Sanierung der deutschen Währung in Verbindung stehenden Fragen, insbesondere über seinen Plan einer deutschen Goldnotenbank. Die Sitzung war gegen 5 Uhr zu Ende. Dr. Schacht und Dr. Meier werden morgen vormittags 10 Uhr von dem zweiten Sachverständigen-Ausschuß (Deutsche Auslandsausgaben) gehört werden. In dieser Sitzung wird den deutschen Vertretern auch mitgeteilt werden, ob das erste Komitee sie nochmals zu hören wünscht. (W. Z. B.)

Unbedingte Verständigung mit Frankreich?

Berlin, 21. Jan. Das Reichskabinett hat Montag früh seine Beratungen über die Antwortnote nach Paris und Brüssel fortgesetzt. Herr von Doehs, der als Vorkämpfer nach Paris zurückkehren wird, nimmt an allen Kabinets-Sitzungen teil und tritt mit aller Energie für eine unbedingte Verständigung mit Frankreich ein. Die Meinung im Kabinett ist zugunsten der Auflassung von Doehs' Forderungen. Darauf deutet auch die Sonntagsrede des Ministers für das deutsche Gebiet, Doehs, im Reichsanstalt der Zentrumspartei hin. Deutschland dürfe nicht in große Schwierigkeiten zu geraten.

Zusammentritt des Aufgusschusses.

Berlin, 21. Jan. Der Aufgusschuss des Reichstags, dessen Einberufung der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion verlangt hat, um eine Ausdrucks über die französische und belgische Antwort auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember, sowie alle anderen mit Frankreich schwebenden Fragen herbeizuführen, wird voraussichtlich in der nächsten Woche zusammentreten. Reichsbankminister Dr. Trevelmann wird mit dem Vorsitzenden des Ausschusses, den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Scholz, den Termin vereinbaren.

Der englische Eisenbahnerstreik.

London, 21. Jan. Nach einer amtlichen Meldung hat der Streik der Eisenbahner am Sonntag im Mitternacht beendet. (W. Z. B.)
London, 21. Jan. Die ersten Nachrichten über den Eisenbahnerstreik aus der Provinz besagen, daß vom Zentrum Doncaster keine Bäume abgehen. In Brighton sind die Lokomotivführer ebenfalls ausständig. In Cardiff beträgt die Zahl der Streikenden 300. In Crewe, einem wichtigen Verbindungspunkte auf der Fernlinie London—Midland—Schottland, sind zwar alle Mitglieder der Lokomotivführervereinigung in den Streik getreten, doch soll eine ausreichende Zahl von Mitgliedern der nationalen Eisenbahn-Union verfügbar sein, um einen eingeschränkten Dienst im Gange zu halten. Bisher laufen so gut wie alle Fern-Expreszüge mit geringen Verzögerungen. Der Umfang des Streiks kann erst im Laufe des Tages beurteilt werden. (W. Z. B.)

London, 21. Jan. Weiter meldet: Die Zeitung des Eisenbahnerstreiks hofft, daß der Zustand bald allgemein sein werde. Es wird auch berichtet, daß Mitglieder der Gewerkschaft von Thomas (Nationale Eisenbahn-Union) sich dem Streik angeschlossen hätten, was u. a. in Warrington und teilweise in Gales der Fall sei. Man hält die Haltung der nationalen Eisenbahner für entscheidend. In einer Versammlung der Streikenden wurde Thomas mit dem Ruf „Berräter“ begrüßt. (W. Z. B.)